Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5389

14. 06. 76

Sachgebiet 221

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Bundesbericht Forschung V
— Drucksache 7/3574 —

A. Problem

Die Forschungspolitik der Bundesregierung ist Teil ihrer Gesamtpolitik.

B. Lösung

Nach dem Forschungsbericht V soll sich die forschungspolitische Zielsetzung stärker an den Erfordernissen in der Bundesrepublik Deutschland orientieren, wobei es gilt, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten und auszubauen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger zu verbessern und die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern. (Teil I: Forschungspolitik). Diese Zielsetzung gründet sich auf einer Bestandsaufnahme über die Finanzierung der Forschungsförderung, der Verteilung der Förderungsmittel sowie der Forschungs- und Förderungseinrichtungen (Teil II: Faktenteil).

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad-Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

A. Bericht der Abgeordneten Kern, Lenzer und Dr. Laermann

1.

Der Bundesbericht Forschung V wurde mit Schreiben der Frau Präsidentin vom 19. Juni 1975 dem Ausschuß für Forschung und Technologie federführend und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat den Forschungsbericht in seiner Sitzung am 1. Oktober beraten und beschlossen, ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Der Technologieausschuß hat den Bericht in mehreren Sitzungen, zuletzt am 9. Juni 1976, beraten und einstimmig den dem Hohen Haus zur Annahme empfohlenen Antrag beschlossen.

2.

Der Ausschuß stimmt den drei Hauptzielen der Forschungspolitik, den Grundsätzen der Förderung der Industrieforschung und den Grundsätzen für das Verhältnis von Staat und Wirtschaft sowie den Schwerpunkten der Forschungsförderung zu.

Der Ausschuß fordert, daß auch künftig die staatliche Förderung von Forschung und Technologie dazu beitragen muß, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft zu stärken, die Lebensbedingungen in den Industrie- und in den Entwicklungsländern zu verbessern, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturprobleme zu lösen und unseren Lebensstandard zu sichern.

Um zu einer effektiveren und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Zielplanung zu gelangen, ist es nötig, die Öffentlichkeit an dem Planungsprozeß der Forschungspolitik auch weiterhin zu beteiligen. Die Vorschläge, die im Rahmen der Umfrage zum Bundesforschungsbericht V gemacht worden sind, sollen geprüft und für den nächsten Forschungsbericht genutzt werden.

Der Ausschuß begrüßt die Trennung des Bundesberichtes Forschung V in

— einen forschungspolitischen Teil, der die forschungspolitischen Ziele, Strukturen und Schwerpunkte der Forschungsförderung in einem zusammenfassenden Überblick darstellt und
— einen Faktenteil, der umfassende Informationen über die Forschungsförderung enthält.

Der Ausschuß hält diese Form des Forschungsberichtes als Grundlage einer forschungspolitischen Diskussion für geeignet.

Der Ausschuß geht davon aus, daß in Zukunft einmal möglichst bis zur Mitte der Legislaturperiode — mindestens alle vier Jahre — ein Forschungsbericht (forschungspolitischer Teil) über die Ziele, Struktur und Schwerpunkte der Forschungspolitik und mindestens alle zwei Jahre ein Faktenbericht vorgelegt wird.

Bonn, den 9. Juni 1976

Kern **Lenzer** **Dr. Laermann**

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Forschungsbericht V wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mindestens alle vier Jahre, möglichst bis zur Mitte der Legislaturperiode, einen Forschungsbericht über die Ziele, Struktur und Schwerpunkte der Forschungspolitik und alle zwei Jahre einen Faktenbericht vorzulegen.

Bonn, den 9. Juni 1976

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Dr. Lohmar	**Kern**	**Lenzer**	**Dr. Laermann**
Vorsitzender	Berichterstatter		